

## Übersicht über die Bewerbungsunterlagen

Name und Anschrift der Bewerberin/des Bewerbers

---

Folgende Unterlagen sind in der Reihenfolge der Aufzählung dieser Übersicht beigefügt:

- 1. Antrag (Original und Durchschrift; Anlage 1a)
- 2. Ein Lichtbild (4 x 6) aus neuester Zeit mit Unterschrift und Anschrift auf der Rückseite
- 3. ein selbstverfasster, eigenhändig unterschriebener, ausformulierter, tabellarischer, lückenlos bis zum Bewerbungstermin reichender und mit Datum versehenen Lebenslauf
- 4. eine beglaubigte Kopie meiner Geburtsurkunde
- 5. eine beglaubigte Kopie Heiratsurkunde
- 6. Nachweis über Führung eines Doppelnamens
- 7. eine beglaubigte Kopie der Geburtsurkunde(n) meines Kindes/meiner Kinder; Zahl der Kinder: \_\_\_\_\_
- 8. eine beglaubigte Kopie des Abschlusszeugnisses über einen Schulabschluss nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 APO FLFS
- 9. eine beglaubigte Kopie des Zeugnisses über den erfolgreichen Abschluss der Fachschule für Sozialpädagogik oder über das Bestehen der Prüfung als Handwerks-, Industrie- oder Hauswirtschaftsmeister/in
- 10. für Absolventen/innen der Fachschule für Sozialpädagogik; Nachweis über eine für die Laufbahn gemäß § 41 LVO förderliche hauptberufliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und sechs Monaten
- 11. ggf. Antrag auf Anerkennung einer anderen Vorbildung und Prüfung nach § 2 Abs. 3 APO FLFS
- 12. Zeugnis(se) zum Antrag nach Nr. 11 in beglaubigter Kopie  
Zahl der beigefügten Zeugnisse: \_\_\_\_\_
- 13. beglaubigte Kopie der Bescheinigung über den abgeleisteten Grundwehrdienst oder Ersatzdienst.
- 14. Bescheinigung(en) über eine frühere Beschäftigung im öffentlichen Dienst; Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang zum Verhältnis zu einer Vollzeitstelle

zwingend aufgeführt werden muss in Betracht. Zahl der beigefügten Bescheinigungen: \_\_\_\_\_

- 15. Bescheinigung(en) über sonstige Beschäftigung. Hierfür kommen Arbeitsbescheinigungen bzw. Verträge, in denen der Stundenumfang im Verhältnis zu einer Vollzeitstelle zwingend aufgeführt werden muss in Betracht. Zahl der beigefügten Bescheinigungen: \_\_\_\_\_
- 16. nicht formgebundener Antrag auf Verkürzung des Ausbildungsverhältnisses.

Mir ist bekannt,

dass die Zulassung zum Ausbildungsgang nur im Rahmen der verfügbaren Ausbildungsplätze möglich ist.

dass bei Erwerb der Befähigung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen

- kein Anspruch auf Einstellung/Ernennung zur Fachlehrerin/zum Fachlehrer an Förderschulen im Beamtenverhältnis auf Probe besteht.
- eine Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe nach den beamtenrechtlichen Vorschriften grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 42. Lebensjahres zulässig ist, soweit keine berücksichtigungsfähigen Gründe für das Hinausschieben dieser Altersgrenze gegeben sind.

Außerdem habe ich die auf der folgenden Seite aufgeführten Erklärungen abgegeben zu

- meiner Straffreiheit/Vorbestrafung
- meinen wirtschaftlichen Verhältnissen
- meiner Staatsangehörigkeit
- meiner jetzigen alleinigen Bewerbung.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Erklärungen

1. Ich erkläre, dass

- ich nicht vorbestraft bin.
- ich vorbestraft bin (nähere Angaben enthält die betreffende Anlage).
- gegen mich ein gerichtliches Strafverfahren bzw. ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen eines Vergehens oder Verbrechens anhängig ist.

Ich bin darüber belehrt worden, dass ich nach § 51 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz vom 21.09.1984 (BGBl. I S. 1229) in der jeweils gültigen Fassung berechtigt bin, mich, soweit nicht eine andere, noch nicht getilgte Verurteilung oder eine gerichtliche Anordnung entgegensteht, als unbestraft zu bezeichnen, wenn der Vermerk über eine Verurteilung oder Bestrafung

1. im Bundeszentralregister (bisher Strafregister) zu tilgen ist oder bereits getilgt worden ist, bzw.
2. nicht in das Führungszeugnis aufzunehmen ist.

Das gilt auch für Strafen, die zwar im Gnadenwege erlassen aber im Register nicht getilgt sind.

2. Ich erkläre, dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe.

3. Ich versichere, dass

- ich Deutsche/r im Sinne des Artikel 116 Grundgesetz bin.

Bewerber-/innen, die im Ausland geboren sind oder die die deutsche Staatsangehörigkeit nachträglich erworben haben, müssen den großen Staatsangehörigkeitsnachweis erbringen.

- Großer Staatsangehörigkeitsnachweis liegt bei.

Ich versichere, dass

- ich Ausländer/-in bin und folgende Staatsangehörigkeit besitze.

---

4. Ich habe mich zu diesem Einstellungstermin bei keiner anderen Behörde in Nordrhein-Westfalen um die Zulassung in einen entsprechenden Ausbildungsgang beworben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift